



Antrag

Vorlage: AT/0069/2025		Datum: 06.06.2025			
Verfasser: 004-Ratsfraktion AfD		Az.:			
Betreff:					
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Resolution für einen gewaltfreien Oberbürgermeister- und Landtagswahlkampf sowie besondere Schutzmaßnahmen für Kandidaten und Mandatsträger					
Gremienweg:					
26.06.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
				<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
				<input type="checkbox"/>	ohne BE
				<input type="checkbox"/>	abgesetzt
				<input type="checkbox"/>	geändert

Beschlussewurf:

Der Stadtrat möge folgende Resolution beschließen:

1. Der Stadtrat der Stadt Koblenz verurteilt jede Form von politisch motivierter Gewalt, Einschüchterung, Bedrohung und Sachbeschädigung gegen Kandidatinnen und Kandidaten sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aller demokratisch legitimierten Parteien.
2. Der Stadtrat spricht sich für einen sachlichen, gewaltfreien und demokratischen Wahlkampf zum Amt des Oberbürgermeisters sowie zur Landtagswahl 2026 aus.
3. Die Stadtverwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit der Polizei Koblenz und gegebenenfalls dem Innenministerium Rheinland-Pfalz, geeignete Maßnahmen zum besonderen Schutz von Wahlkämpfern und Amtsträgern zu prüfen und umzusetzen. Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:
 - Schutz vor politisch motivierten Übergriffen bei öffentlichen Veranstaltungen und Informationsständen;
 - Schutz der jeweiligen Wohnsitze;
 - Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden für die Zunahme politisch motivierter Gewalt;
 - Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners bei der Stadt für Betroffene von Bedrohungen oder Angriffen im Zusammenhang mit politischem Engagement;
 - Aufklärungskampagne für ein respektvolles Miteinander in der politischen Auseinandersetzung.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist es auch in Rheinland-Pfalz wiederholt zu tätlichen Angriffen auf Wahlkämpfer gekommen, insbesondere im Vorfeld der Europawahl 2024. Speziell Mitglieder und Vertreter der AfD sind regelmäßig von politisch motivierten Angriffen, Sachbeschädigungen sowie Bedrohungen betroffen. Erst vor kurzem ist ein Infostand der AfD Koblenz von Linksextremisten überfallen worden. Diese Entwicklung stellt eine ernstzunehmende Gefahr für die freie demokratische Willensbildung dar.

Ein demokratischer Wahlkampf muss von Respekt, Argumenten und Meinungsfreiheit geprägt sein – nicht von Gewalt, Ausgrenzung oder Angst. Der Stadtrat Koblenz sollte ein klares Zeichen für den Schutz aller demokratisch gewählten Vertreter und Kandidaten setzen – unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit. Mit dieser Resolution wird nicht nur ein Zeichen gegen politische Gewalt gesetzt, sondern auch das Vertrauen in die demokratische Kultur vor Ort gestärkt.

Finanzielle Auswirkungen: -keine

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -keine